

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JUNI 2016

HALBZEIT IN WIESBADEN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

Die schwarz-grüne Landesregierung hat in diesen Tagen die Hälfte ihrer Amtszeit hinter sich. Außer ein paar Symbolprojekten hat sie wenig vorzuweisen. Sie regiert nach dem Spießbürgermotto „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“. Der notwendige Politikwechsel, den Grüne immer zu Recht gefordert haben, ist dem Kuschelkurs mit der CDU zum Opfer gefallen.

Zwei konstante Linien gibt es allerdings: Die Kommunen und die Beschäftigten des Landes sind die Sündenböcke für die verfehlte Finanzpolitik unter CDU-Führung seit 1999. Die kommunalen Finanzen werden „rasiert“ und damit der soziale Zusammenhalt gefährdet. Und die Mitarbeiter des Landes, vor allem die Beamtinnen und Beamten, büßen mit Sonderopfern dafür, dass Hessen unter Finanzministern der CDU seine Schulden mehr als verdoppelt hat. Typisch Union: Erst völlig ungebremst in die Schulden rasen und dann andere dafür zur Kasse bitten.

Den Bildungsgipfel, der eigentlich Schulfrieden bringen sollte, hat die Koalition völlig vergeigt. Die CDU sträubt sich weiter hartnäckig gegen Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung. Ihr Verständnis von Bildungspolitik stammt noch aus der Ära Dregger/Kanther/Irmer. Und die Grünen passen sich immer öfter bis in die Wortwahl an. Schwer beschäftigt ist die Koalition mit CDU-Altlasten wie dem NSU-Skandal und Biblis. Zu Biblis hat Schwarz-Grün jetzt einen Abschlussbericht vorgelegt, der die Fehler von CDU-Ministerin Puttrich unter den Teppich kehrt. Das zeigt: Die Grünen setzen keinen neuen Politikstil durch, sondern machen die übliche CDU-Kumpanei auch noch mit.

Es gibt so viele Probleme im Land, um die sich endlich mal jemand richtig kümmern müsste – vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum über Bildungsgerechtigkeit und wohnortnahe Ganztagschulen bis zu gebührenfreien Kitas. Das sind die großen Themen für den sozialen Zusammenhalt. Ein anderes Riesenthema ist die Infrastruktur.

Weitgehend tatenlos schaut Schwarz-Grün dem Verfall zu und schiebt den Investitionsstau weiter vor sich her. Ordentlich gemangt hat die Regierung die Flüchtlingsunterbringung. Doch alle künftigen Aufgaben – Integration, Ausbildung, Wohnen – geht die Regierung zaghaft und unbeholfen an.

Die SPD-Aufstellung für die zweite Halbzeit steht: klare Kante für sozialen Zusammenhalt. Wir formulieren die Alternativen zum schwarz-grünen Burgfrieden, der das Land lähmt und nicht voranbringt

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

SCHULSTART IN HESSEN

IN VIELEN
ORTEN STEHEN
ORTSVEREINE
UND ABGEORD-
NETE JAHR FÜR
JAHR VOR DEN
SCHULTOREN
UND VERTEILEN
ÄPFEL, BROT-
DOSEN UND
FLYER AN DIE
EINSCHULKIN-
DER UND MA-
CHEN AUF BIL-
DUNGSTHEMEN
AUFMERKSAM.
WIR UNTER-
STÜTZEN AUCH
IN DIESEM JAHR
ALLE FLEISSIGEN
„SCHULSTARTAK-
TIONÄRE“. DENN:
BILDUNG DARF
NICHT VOM
GELDBEUTE DER
ELTERN ABHÄN-
GIG SEIN. MATE-
RIALIEN UNTER:
landesverband.
hessen@spd.de
ODER
0611/999 77-15

KERNTHEMA: VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

ZUR WIEDEREINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSSTEUER

Im Herbst 2017 ist Bundestagswahl. Viele Medien spekulieren in abendfüllenden Beiträgen, welche Personen als Kanzlerkandidaten infrage kommen und warum angeblich die SPD die Wahl nicht gewinnen kann. „Meine Überzeugung ist: Wahlen werden auch im Jahr 2017 nicht nur über Personen, sondern auch über die Haltung und Inhalte entschieden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die politischen Alternativen klar, glaubwürdig und kompetent sind. Unsere Aufgabe ist es deshalb, früh die Eckpunkte für das nächste Bundestagswahlprogramm vorzulegen“, bekräftigt der stellvertretende Parteivorsitzende und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Für ihn ganz klar ein Kernthema: Verteilungsgerechtigkeit. Die zunehmende Ungleichheit wird inzwischen sogar von den Wirtschaftsinstituten kritisiert, die sie lange als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung gefordert hatten. Dabei geht es um weit mehr als nur Einkommen und Vermögen. Nicht die Herkunft ist entscheidend, sondern wohin jemand will. In der Bildung ist der Erfolg aber immer noch stark von der Herkunft abhängig. Deshalb fordert Schäfer-Gümbel, dass 1 Prozent Reichensteuer für 100 Prozent Bildung erhoben werden. Damit, so der Landeschef, wäre ein großer Schritt getan, und die Akzeptanz sei hoch.

Fortsetzung Seite 2



Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel fordert: Lasst uns wieder über Politik reden.



UNSER QUARTIER

Direkt um die Ecke, wo wir jeden Tag durch die Straßen gehen, einkaufen, die Gesichter auf der Straße kennen – wo wir uns vertraut fühlen, uns auskennen, dort ist unser Quartier. Lebensumfeld und soziale Herkunft haben einen entscheidenden Einfluss darauf, wie Menschen leben und welche Chancen sie haben. Erforderlich ist eine Politik, welche die Menschen und deren Quartiere in den Blick nimmt und sie in ihrem Engagement fördert. Wie lässt sich also eine entsprechende Politik in Bund, Land und vor Ort konsequent umsetzen? Im Projekt „gute gesellschaft – soziale demokratie # 2017 plus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden Vorschläge erarbeitet. Die Broschüre kann unter www.fes.de/hessen heruntergeladen werden. ■

BEZIEHUNGEN ERFOLGREICH GESTALTEN

„Eine klare und verbindende Kommunikation wird immer wichtiger, um überzeugend zu sein“, erklärt Trainerin Beate Brüggemeier den Teilnehmerinnen des Rhetorikseminars. Einen Tag lang drehte es sich rund um das Thema Kommunikation. Angeboten wurde das praxisnahe Training im Rahmen des Mentoringprogramms. „Da ich im letzten Jahr in das Berufsleben eingestiegen bin und in meinem Jurastudium das Thema Kommunikation sehr kurz kam, war das Seminar eine tolle Gelegenheit, mich näher mit Kommunikationsprozessen zu befassen“, fand Lisa Ensinger, die an dem Seminar teilgenommen hatte. Im Mittelpunkt des Seminars stand die „wertschätzende Kommunikation“. „Wir haben gelernt, wie man Gespräche wertschätzend führt und auf Angriffe und Vorwürfe empathisch reagieren kann“, berichtet Ensinger. Jedoch können nicht immer Gespräche so gestaltet werden, dass eine Verbindung entsteht, dann ist es wichtig, mit Angriffen gelassen umzugehen und Gespräche überzeugend zu führen. ■

Fortsetzung von Seite 1

KERNTHEMA: VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

ZUR WIEDEREINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSSTEUER

Angesichts der Entwicklung stellt sich die Frage, wie der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt mit Blick auf gerechtere Chancen- und Lastenverteilung möglich sein kann. Auch deshalb wird in der SPD seit mehreren Jahren über die Wiedereinführung der Vermögensteuer diskutiert. „Es muss geklärt werden, ob und gegebenenfalls wie die Vermögensteuer verfassungsgemäß, zweckmäßig, rentabel und ohne kontraproduktive Effekte ausgestaltet werden kann“, sagt Schäfer-Gümbel. Deshalb will die SPD Hessen rechtzeitig in einer Expertenanhörung klären, ob eine Steuer auf

Großvermögen darstellbar ist, die keine Arbeitsplätze gefährdet, unbürokratisch ist und gleichzeitig den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird.

Im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl im kommenden Jahr wird nicht nur die mögliche Wiedereinführung der Vermögensteuer ein wichtiger Punkt sein. Zum Thema Sicherheit und Zusammenhalt gerät auch die Rente zunehmend in den Blick. „Für mich ist die staatliche Rentenversicherung das sicherste System, das es gibt. Sie ist aus gutem Grund das wesentliche Standbein der Altersvorsorge“, erklärt der Lan-

desvorsitzende dazu. „Dennoch fragen viele Menschen: Wie sieht das in Zukunft aus? Ich halte mich an einen einfachen Grundsatz bei den komplizierten Fragen, die jetzt gestellt werden: Wer sein Leben lang gearbeitet, Kinder großgezogen und Angehörige gepflegt hat, muss mit einer Rente spürbar oberhalb des Grundsicherungsniveaus rechnen dürfen.“ Klar ist, dass dynamische Mindestlöhne, Tarifbindung, die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen und eine Steuerfinanzierung der Mütterrente notwendige Maßnahmen sind, um auch in Zukunft auskömmliche Renten finanzieren zu können. ■

GANZTAGSSCHULEN SIND HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR DEN VEREINSSPORT

VERANSTALTUNG DES SPD-SPORTFORUMS

Der Ausbau der Ganztagschulangebote bietet neue Chancen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Er stellt aber gleichzeitig unseren Vereinssport vor neue Herausforderungen. Etwa: Wie kann die Nachwuchsarbeit am Nachmittag gesichert werden? Was tun, wenn nachmittags die Schulen und die Vereine um knappe Hallenkapazitäten konkurrieren müssen?

Diese Fragen diskutierte das SPD-Landessportforum am 16. April unter Leitung

von Franz-Josef Kemper und Michael David mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und dem Vereinssport. Der Sportwissenschaftler Prof. Dr. Christopher Heim zeigte in seinem Einführungsreferat, dass Ganztagschulangebote nicht grundsätzlich zu weniger Sport bei den Schülern führen. Sie können auch eine Chance sein, sportferne Kinder zu aktivieren und für den Vereinssport zu begeistern. Ausschlaggebend sei, wer in der jeweiligen Schule dafür verantwortlich ist, wie

engagiert die Person ist und welche Unterstützung die Schule dafür bereitstellen kann. Die Leiterinnen des Sport- und des Schulverwaltungsamtes der Stadt Kassel, Dr. Andrea Fröhlich und Gabriele Steinbach, zeigten, welche Möglichkeiten Kommunen auch mit begrenzten Ressourcen haben, um Koordination und Hilfestellung zu geben. Dabei erwarten die Vereine nach ihrer Erfahrung vor allem eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Der Schulsportexperte der Sportjugend Hessen, Stephan Schulz-Algie, sieht mehr Stellenbedarf für die Sportkoordination in den Schulen: „Es reicht nicht, den Kurs aus dem Sportverein 1:1 in die Schule zu übertragen.“

Der nordhessische Bezirksvorsitzende und Vorsitzende des SPD-Bundessportforums, Manfred Schaub, kritisierte den Flickenteppich an kommunal unterschiedlichen Regelungen, mit denen der Sport durch den „Pakt für den Nachmittag“ der schwarz-grünen Landesregierung konfrontiert sein wird. Der schaffe neue Probleme für die Vereine. Hinzu käme, dass der „Pakt“ die Nachfrage nach Übungsleitern und Hallen auf die Zeit zwischen 14 und 17 Uhr konzentriert. Engpässe seien so vorprogrammiert. Wenn das Land Hessen dagegen, wie von der SPD vorgeschlagen, auf echte Ganztagschulen setzen würde, würde sich die Nachfrage der Schulen auf den Tag verteilen. ■



Das nächste Landessportforum findet am 8. Oktober in Frankfurt zum Thema „Integration durch den Sport“ statt. Anmeldung: sportforum@spd-hessen.de

FOTO: SPD-LANDESVERBAND

DIE NEUEN RECHTEN BIEDERMÄNNER IN HESSENS KOMMUNALPARLAMENTEN

Die rechtspopulistische AfD konnte bei den Kommunalwahlen am 6. März mit 11,9 Prozent auf Kreisebene einen deutlichen Erfolg erzielen. Grund genug, sich die neue Partei der rechten Biedermänner (und wenigen -frauen) in Hessen näher anzusehen.

Die AfD kommt in Hessen auf knapp 2.000 Mitglieder und hat eine große Resonanz in sozialen Medien wie Facebook. Sie vertritt rückschrittliche Positionen zur Rolle der Frau und wird von Männern dominiert. So sitzt im elfköpfigen Landesvorstand gerade einmal eine Frau, die sich dort mit einem Beisitzerposten begnügen muss. Weniger als ein Fünftel der AfD-Kandidaten am 6. März waren weiblich.

In den ersten Sitzungen der Kommunalparlamente ist die AfD teilweise durch interne Streitigkeiten, widersprüchliches

Abstimmungsverhalten und erste Fraktionsaustritte aufgefallen. Wie zu erwarten, versucht sie vielerorts, jede kommunalpolitische Sachdebatte auf die Themen Flüchtlinge und Einwanderung zu lenken. Auch von hessischen AfD-Anhängern werden immer wieder Kontakte zu Rechtsextremisten publik.

Von den drei hessischen Vorstandssprechern sind zwei keine unbeschriebenen Blätter mehr: Albrecht Glaser, Pensionär, war früher für die CDU in Frankfurt aktiv und ist ehemaliger Bundessprecher der Deutschen Burschenschaft. Er hat sich bereits als CDU-Politiker einen zweifelhaften Ruf erworben: Als Kämmerer verursachte er der Stadt Frankfurt mit dubiosen Finanzgeschäften, den sogenannten Glaser-Fonds, einen Millionenschaden. Heute ist er designierter Bundespräsidentenkandidat der AfD und stellvertre-

tender Sprecher der Rechtspopulisten auf Bundesebene. Nicht viel besser verhält es sich mit seinem Sprecherkollegen Peter Münch: Der Rechtsanwalt aus Bad Homburg war vor seiner AfD-Karriere bei den rechtsextremen „Republikanern“ aktiv. Dazu passt, dass die AfD mit dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Bernd Hohmann einen weiteren prominenten Unterstützer aus dem rechtskonservativen Dunstkreis gewonnen hat. Hohmann wurde wegen seiner antisemitischen „Tätervolk“-Rede aus der CDU ausgeschlossen.

Auch Frauke Petrys Co-Sprecher auf Bundesebene ist ein alter Bekannter aus Hessen: Der heute in Brandenburg lebende Alexander Gauland war Chef der hessischen Staatskanzlei unter dem CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann. ■



Nancy Faeser, MdB

SICHERHEIT IST KEINE PRIVAT-ANGELEGENHEIT

Desaströs ist kein Ausdruck mehr, der die Situation rund um die öffentliche Sicherheit in Hessen angemessen beschreiben kann. In 17 Jahren CDU-geführter Landesregierungen wurde die hessische Polizei erst im Zuge der Operation „düstere Zukunft“ geschröpft, während gleichzeitig versäumt wurde, mehr und neues Personal auszubilden. Die Folgen sind angehäufte Überstunden in Millionenhöhe, prekäre Betreuungsquoten im ländlichen Raum und das zunehmende Ansteigen von Einbruchszahlen. „Wir wollen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Deswegen hat sich die SPD für die öffentliche Sicherheit stark gemacht und im „Flüchtlingshaushalt“ 2015 zumindest mehr Stellen und eine „bessere Ausstattung für die hessische Polizei erkämpft“, so Generalsekretärin Nancy Faeser. Sicherheit ist keine Privatangelegenheit, sondern Hoheitsaufgabe des Staates. „Die schwarzgrüne Landesregierung jedoch versagt, diesem Anspruch gerecht zu werden.“ ■

HINGEHEN, ZUHÖREN, ERKLÄREN UND HANDELN

DREI FRAGEN AN SVEN GERICH, OBERBÜRGERMEISTER VON WIESBADEN

Vorwärts Hessen: Welche Konsequenzen habt ihr aus dem Kommunalwahlergebnis gezogen?

Sven Gerich: Es ist auch in Wiesbaden zu beobachten, dass die SPD in ehemaligen Stammwählerbezirken Vertrauen eingebüßt hat. Die Anzahl der Nichtwähler und die der AfD-Wähler sind dort gestiegen. Spannend ist allerdings, dass bei den 26 Wiesbadener Ortsbeiratswahlen, wo die AfD nirgends antrat, nur bedingte Stimmenverluste zu veruchen waren. Mit derzeit 17 von 26 Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern stellen wir mehr als nach der letzten Kommunalwahl. Ich habe mir vorgenommen, spontan und anlassbezogen sowie gezielt in die ehemaligen Stammwählerbezirke zu gehen und die Menschen direkt anzusprechen. Hierbei kann es im Einzelfall um vermeintliche „Kleinigkeiten“ gehen. Ich bin sicher, dass viele Menschen dort von sich aus nicht mehr den Weg zur Politik suchen. Hingehen, zuhören, erklären und handeln nach Möglichkeit, lautet daher meine Devise. Ich bin sicher: Das verlorene Vertrauen kann wieder aufgebaut werden; auch wenn der Weg dorthin mitunter schwierig und von langer Dauer sein mag. Mir ist wichtig, dass wir uns um diese Menschen, die sich vielleicht abgehängt fühlen, kümmern und dass sich die Stadt dort nicht zurückzieht.



FOTO: PRESSESTELLE DER LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

Sven Gerich ist seit Juli 2013 der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Vorwärts Hessen: Was bedeutet es für dich als Oberbürgermeister, dass es in Wiesbaden keine feste Koalition gibt?

Sven Gerich: Natürlich war unser Ziel als stärkste Kraft, eine stabile Koalition zu bilden und zu gestalten. Ein Parlament mit wechselnden Mehrheiten bietet

Chancen und Risiken zugleich. Innerhalb einer Stadtverordnetensitzung ergeben sich unterschiedlichste Konstellationen. Insbesondere, wenn es um eigene Vorlagen/Anträge geht, bedarf es vorher einer noch viel intensiveren Abstimmung mit sämtlichen Fraktionen, um auszuloten, ob Chancen zu einer Mehrheit bestehen. Das Werben für die eigene Sache erfährt einen ganz neuen Stellenwert. Andererseits birgt diese Situation die Gefahr der gegenseitigen Blockade. Das hieße im schlimmsten Fall Stillstand!

Vorwärts Hessen: Was heißt es für dich, die AfD in kommunalen Parlamenten zu stellen?

Sven Gerich: Die AfD ist eine Protestpartei, die auf Provokation und ideologiebehaftete Polemik setzt. Gerade bei kommunalen Themen dürfte dies schwierig werden. Ich bin gespannt, wie diese Partei Themen wie Wohnungsbau, Qualitätssicherung der Kinderbetreuung, die Förderung studentischen Wohnens, die Weiterentwicklung des ÖPNV oder Umweltpolitik in großen Städten diskutiert. Hier muss man sie entlarven. In der Öffentlichkeit jedoch ausschließlich die AfD zu dämonisieren und fortwährend zu erklären, wie schlimm sie sein mag, wird ihnen nur nutzen. Das hilft nicht der Sozialdemokratie und erst recht nicht den Menschen, die Lösungen für ihre Probleme erwarten. ■

HESSEN-PLAN 2.0

Zurück zum Kernthema soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt, heißt es in dem beschlossenen Arbeitsprogramm des Landesvorstands. In diesem Sinne will die hessische Sozialdemokratie ihr Profil in den kommenden Jahren schärfen und sich unter anderem für Themen einsetzen, die von der schwarz-grünen Landesregierung sträflich vernachlässigt werden. Dazu gehören Fragen der Bildungsgerechtigkeit, der Energie- und Verkehrswende, dem Infrastrukturausbau oder der Umgang mit Personal. Insbesondere in dem Vorgehen bei der Flüchtlingsfrage hat die SPD gezeigt, wie sie verantwortungsvolle Opposition versteht. Unter dem Stichwort „Hessenplan 2.0“ bezieht sie sich auf das weitreichende Integrationsversprechen nach Georg August Zinn. Auch heute werde wieder ein Hessenplan gebraucht, der den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft sichert. Der Landesvorstand wird daher als Kernstück des Regierungsprogramms 2019-2024 an einem neuen Hessenplan mit den Bereichen Bildung und Familie sowie Wohnen, Verkehr, Mobilität und Infrastruktur arbeiten. ■

SPD HESSEN FEIERT 7. APFELWEINANSTICH IN BERLIN



Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, die Höchster Apfelblütenkönigin, Generalsekretärin Katarina Barley, Hessen-Generalsekretärin Nancy Faeser und Landesgruppenvorsitzende Ulrike Gottschalck stoßen an (v. l. n. r.).



Für Nachschub sorgt die Höchster Apfelblütenkönigin beim Landesvorsitzenden selbst.



Gute Laune bei den nordhessischen Besuchern mit Staatsminister Michael Roth MdB



Die Band hat für gute Stimmung in der Landesvertretung gesorgt.



Ausgelassene Stimmung und interessante Gespräche mit Katarina Barley und Nancy Faeser

ÜBERZEUGENDE ANTWORTEN GEBEN

Es liegt an uns, mit überzeugenden Antworten Alternativen zu bieten“, erklärte Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel nicht zum ersten Mal bei seiner Begrüßung auf dem vergangenen Mitarbeiterkonvent in Fulda. Die aktuelle Lage – insbesondere die der



Der Landesvorsitzende stand den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rede und Antwort

SPD – stand im Mittelpunkt. Besonders bedankte sich Schäfer-Gümbel für den engagierten Kommunalwahlkampf vor Ort. „Jetzt müssen wir in die Auseinandersetzung mit der AfD gehen und diese in Sachfragen stellen“, so der Landesvorsitzende.

Hilfe zur Selbsthilfe

Auseinandersetzung und Überzeugung standen auch in einem der thematischen Workshops im Mittelpunkt. Mit wenig Vortrag und interaktiver Struktur brachte Trainer und Landtagsabgeordneter Michael Siebel den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geschicktes Verhalten in schwierigen Kommunikationssituationen im (Arbeits-)Alltag näher. Am

Ende des praxisnahen Workshops standen zahlreiche Rückmeldungen, wie man sich am besten in schwierigen Gesprächssituationen verhält. Auch bleibt es dabei, man kann anderen nur vor und nicht in den Kopf schauen. Also: Weniger interpretieren und sachlich bleiben. ■



Mit vielen praktischen Übungen zum Seminarziel

BIBLIS-UNTERSUCHUNGAUSSCHUSS

DIE VERANTWORTUNG FÜR PFUSCH LIEGT BEI BOUFFIER UND PUTTRICH

Der atompolitische Sprecher und Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss zur rechtswidrigen Abschaltung der Atomkraftwerke Biblis I und II, Norbert Schmitt, hat bei der Vorstellung des gemeinsamen Abschlussberichts von SPD und LINKEN im Hessischen Landtag die damaligen politischen Verantwortlichen in die Pflicht genommen. „Mit ihrem Mehrheitsbericht wollen CDU und Grüne die Schuld für die rechtswidrige Verfügung zur Abschaltung des Atomkraftwerks Biblis alleine dem Bund in die Schuhe schieben. Darauf hat von Anfang an die Arbeit der beiden Koalitionspartner im Untersuchungsausschuss abgezielt. Dies kann die SPD unter keinen Umständen mittragen, weil es schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit entspricht. Wir machen dieses Spiel von Schwarz-Grün mit gezinkten Karten nicht mit!“, sagte der SPD-Politiker.

Der Versuch, die damals politisch verantwortlichen und aktiv handelnden Personen von jeglicher Verantwortung freizusprechen, sei aberwitzig und dreist. Dreister sei es noch, dass zudem der Eindruck erweckt werden solle, dass nachrangige Beamte im Umweltministerium die Hausspitze falsch beraten und den

Fehler verursacht hätten. „Noch im Jahr 2013 hat der heutige stellvertretende Ministerpräsident Tarek Al-Wazir in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Grünen im Hessischen Landtag gesagt, dass die Behauptung vonseiten der CDU, Frau Puttrich habe sowohl politisch als auch rechtlich alles richtig gemacht, auf Realitätsverweigerung schließen lasse.

Davon wollen die Grünen heute nichts mehr wissen und sind zu willfährigen Handlagern der CDU geworden. Sollte die Schadensersatzklage von RWE vor dem Landgericht Essen Erfolg haben, dann muss Frau Puttrich die politische Verantwortung übernehmen und ist als Ministerin nicht mehr länger tragbar“, urteilte Schmitt. ■



GRAFIK: GERT-LUWE-MENDE

KEIN WEITERES SONDEROPFER FÜR BEAMTE

Die SPD-Landtagsfraktion konnte Vertreterinnen und Vertreter des DGB Hessen-Thüringen zu einer Anhörung über die Besoldungspolitik des Landes begrüßen. Dabei übten der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die Vorsitzende des DGB Bezirks Hessen-Thüringen, Gabriele Kailing, massive Kritik am Umgang der schwarz-grünen Landesregierung mit den Landesbediensteten. Man war sich einig, dass die Beamtinnen

und Beamte gute Arbeit leisten würden und ihnen kein weiteres Sonderopfer abverlangt werden dürfe. „Wir wollen, dass ihre Leistungen entsprechend entlohnt werden. Eine angemessene Besoldung ist vor allem eine Frage des Respekts und der Wertschätzung.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen vollständig auch auf die Beamtinnen und Beamten in Hessen übertragen werden“, sagte Schäfer-Gümbel. ■



Vertreterinnen und Vertreter von SPD und Gewerkschaften im Dialog

FOTO: DGB-HESSEN-THÜRINGEN



FOTO: PIXABAY

MILCHKRISE DAUERHAFT LÖSEN

Die konkreten Hilfen für die Milchbauern als Ergebnis des Milchgipfels in Berlin hat der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Lotz, begrüßt. „Bei dem Milchviehhalter vor Ort gilt die Richtschnur: Wer arbeitet, muss sich und seine Familie ernähren können. Dieser Grundsatz steht mehr als auf der Kippe“, sagte Lotz. Die Krise ließe sich jedoch nicht alleine mit Geld lösen. Ein dauerhaft stabiler Milchmarkt brauche konkrete und nachhaltige Strukturveränderungen. ■



Lisa Gnadl, Mdl.

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

KEINE WAFFEN FÜR RECHTSEXTREME

Den gestiegenen Waffenbesitz von rechtsextremen Personen betrachtet die für den Bereich Rechtsextremismus zuständige Abgeordnete Lisa Gnadl mit großer Sorge. Erst durch Initiativen der SPD sei die Landesregierung auf die Problematik aufmerksam geworden. „Die Landesregierung war hier viel zu lange untätig. Damit wurden die Gefahren, die von Rechtsextremisten mit Zugang zu Schusswaffen ausgehen, in Kauf genommen. Wir gehen davon aus, dass die waffenrechtliche Erlaubnis einer als rechtsextrem bekannten Person unter Anlegung eines sehr restriktiven Maßstabs auch schon nach dem geltenden Waffenrecht entzogen werden kann beziehungsweise gar nicht erteilt werden darf“, sagte die SPD-Abgeordnete. Es müssten weitere Anstrengungen unternommen werden, den Waffenbesitz einzudämmen. ■



Handan Özgüven, MdB

**ALLEINERZIEHENDE
BESSER
UNTERSTÜTZEN**

„Alleinerziehende werden bei vielen Problemen allein gelassen. Wir brauchen in Hessen endlich umfassende Maßnahmen, um die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern. Rund acht Prozent der Betroffenen befinden sich im Bezug von Arbeitslosengeld I, rund 21 Prozent beziehen Arbeitslosengeld II-Leistungen. Bei über einem Drittel der alleinerziehenden Arbeitslosengeld II-Bezieher handelt es sich um Aufstockerinnen beziehungsweise Aufstocker. Anhand dieser Zahlen zeigt sich eines der wesentlichen Probleme, denen viele Alleinerziehende ausgesetzt sind, nämlich dem Problem der Armut. Für Ein-Eltern-Familien besteht ein wesentlich größeres Armutsrisiko als für Zwei-Eltern-Familien. Hieraus folgt schließlich im Rentenalter das Problem der Altersarmut. Alleinerziehende müssen in vielerlei Hinsicht zurückstecken“, sagte die SPD-Landtagsabgeordnete Handan Özgüven. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

HELPER VERDIENEN VIEL RESPEKT

Ein intensiven Einblick in die Arbeit der Feuerwehr konnte Thorsten Schäfer-Gümbel bei seinem Praxistag bei der Berufsfeuerwehr in Gießen erhalten. „Vielen Dank den Feuerwehrkameraden, die mir viele Eindrücke und Einschätzungen vermittelt haben“, sagte Schäfer-Gümbel danach. Die Praxistage, bei denen die SPD-Abgeordneten aus dem Hessischen Landtag regelmäßig für einen Tag in andere Berufe schlüpfen, seien immer eine große Bereicherung, die auch im politischen Alltag ihren Niederschlag finde. „Respekt vor harter Arbeit. Das gilt auch ganz besonders für die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die mit großem Einsatz dafür arbeiten, ihre Mitbürger zu schützen.“ Sowohl die Berufsfeuerwehren als auch die freiwilligen Feuerwehren könnten auf die politische Unterstützung der SPD-Fraktion zählen. „Schwarz-grüne Sonntagsreden helfen ihnen wenig, auf handfeste Politik kommt es an.“ ■



Thorsten Schäfer-Gümbel auf der Atemschutzstrecke ...



... und auf Einsatzfahrt

FOTOS: PETER JÜLICH

VERFASSUNGSSCHUTZ BESSER KONTROLLIEREN

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, hat die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, endlich moderne und verfassungsgemäße Entwürfe zur Neufassung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz und die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutz

schutzes vorzulegen. „Das hessische Innenministerium hat im Oktober 2014 zwei verfassungswidrige Gesetzesentwürfe der Öffentlichkeit vorgestellt. Die NSU-Expertenkommission hat bereits im Oktober 2015 deutlich gemacht, dass diese Entwürfe nicht geeignet sind, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungs-

ausschusses des Deutschen Bundestages umzusetzen. Wir können nicht nachvollziehen, dass die Landesregierung den Arbeitsauftrag der Expertenkommission, die Entwürfe zu überarbeiten, einfach ignoriert. Ein Handeln der Landesregierung ist längst überfällig“, sagte Faeser. „Wir brauchen ein Gesetz, das die parlamentarische Kontrolle stärkt und transparenter macht. Das verlorene Vertrauen in den Verfassungsschutz kann nur durch ein Mehr an Offenheit gewonnen werden. Insbesondere ist die parlamentarische Kontrollkommission mit effektiven Kontrollinstrumenten auszustatten. Ihr ist eine eigene Geschäftsstelle mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen und in bestimmten Grenzen eine öffentliche Berichtspflicht gegenüber dem Landtag aufzuerlegen“, so die SPD-Politikerin. Erforderlich sei auch, dass endlich verfassungskonforme Regelungen zu Voraussetzungen, Zulässigkeit und Führung von V-Leuten getroffen würden. In Übereinstimmung mit der Gesetzgebung des Bundesverfassungsschutzgesetzes sei zu regeln, dass V-Leute keinen steuernden Einfluss auf die zu beobachtende Organisation haben dürften. Auch müsse sichergestellt werden, dass die staatlichen Geldleistungen nicht die alleinige Einnahmequelle zum Lebensunterhalt sein dürfen. ■



Nancy Faeser (MdB) sieht noch Reformbedarf beim Verfassungsschutz.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

SCHWARZ-GRÜN BELASTET BÜRGER

SCHATTENSEITEN DES KOMMUNALEN SCHUTZSCHIRMS

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Schmitt, hat die schwarz-grüne Landesregierung angesichts einer ersten Bilanz des sogenannten kommunalen Schutzschirms scharf attackiert. „Die Schattenseite der Schutzschirmentwicklung hat der Finanzminister einmal mehr bei seiner Bilanz nicht beleuchtet. Die Kommunen wurden durch die Landesregierung gezwungen, den Bürgerinnen und Bürgern erheblich in die Tasche zu greifen und gleichzeitig Leistungen zu reduzieren. So wurde der Schutzschirm zum Schlagstock gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Alleine die kommunalen Steuern und die Gebühren wurden seit dem Jahr 2012 im Vergleich zum Jahr 2015 um rund 750 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig die Investition nochmals um fast 200 Millionen Euro gekürzt. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamts gab es im vergangenen Jahr die geringsten Investitionen seit 20 Jahren“, sagte der Finanzpolitiker.

Wie schon in der Vergangenheit unterschläge Finanzminister Schäfer die Folgen seiner Politik für die betroffenen Kommunen. Obwohl die Zahlen dem Ministerium vorlägen, würden die kommunalen Leistungskürzungen nicht offenbart, und es existiere keine Bilanz, die säuberlich die Landeshilfen von den positiven Entwicklungen auf der Einnahmeseite durch

die Konjunktorentwicklung trenne. „Angesichts der von den Schutzschirmgemeinden vorgenommenen Leistungseinschränkungen, den Investitionskürzungen, den Erhöhungen bei den kommunalen Steuern und Gebühren und den Zusatzeinnahmen durch den Konjunkturverlauf sind die Landesmittel durch den Schutzschirm eher



Norbert Schmitt, MdL

bescheiden. Es sind zwar keine Peanuts, aber auch nicht mehr als das Salatblatt um die Wurst. Der Schutzschirm bleibt angesichts der großen Probleme der hessischen Kommunen ein löchriger Knirps“, so Schmitt.

Die weiterhin – auch im Bundesvergleich – schlechtere Entwicklung der hessischen Kommunen sei durch den Schutzschirm nicht wesentlich verbessert worden. Völlig überraschend und gegen alle Vorhersagen des Finanzministers hätten sich die Defizite der hessischen Kommunen im vergangenen Jahr wieder erhöht. Hessen zähle weiterhin zu den vier Ländern mit Kommunaldefiziten, während zum Beispiel die Kommunen in Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg erhebliche Überschüsse erzielen konnten. „Die Kassenkredite sind in Hessen sogar wieder gestiegen. Hessen liegt mit einem Pro-Kopf-Wert von rund 1.070 Euro bei den Kassenkrediten im Vergleich der Bundesländer auf dem viertletzten Platz. Diese Daten sind kein Grund zum Jubel und zur Selbstbeweihräucherung. Im Gegenteil, sie zeigen den Ernst der Lage. Weder das Schutzschirmprogramm noch andere Sonderprogramme lösen die strukturellen Finanzprobleme der hessischen Kommunen. Notwendig ist endlich eine Landespolitik, die die Interessen der Kommunen anerkennt und sie angemessen finanziert.“ ■



Karin Hartmann, MdL

GRUNDSCHULEN BESSER AUSSTATTEN

Für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Grundschulen hat die SPD-Bildungspolitikerin Karin Hartmann plädiert. „Die gesellschaftlichen Erwartungen und die zusätzlichen Aufgaben und Belastungen haben an keiner Schulform in den zurückliegenden Jahren so zugenommen wie an Grundschulen. Und es ist absehbar, dass mit der Umsetzung von Inklusion und Integration und Ganztagsangeboten noch weitere große Herausforderungen warten. Grundschulen als die einzigen Schulen für alle Kinder beweisen tagtäglich, dass auch ohne Selektion eine hervorragende Bildungsarbeit geleistet werden kann“, sagte Hartmann. Bislang gebe es keine Initiative des Kultusministers mit der Zielsetzung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen an hessischen Grundschulen – im Gegenteil: Die Arbeitsbelastung nehme immer weiter zu. ■

GIRLS´ DAY 2016



Auch in diesem Jahr haben am Girls´ Day über 50 Mädchen aus allen Regionen Hessens das Angebot der SPD-Landtagsfraktion wahrgenommen. „Wir haben für die 12- bis 15-jährigen Mädchen ein interessantes und informatives Programm zusammengestellt“, sagte die frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lisa Gnagl.



FEIERN UND INFORMIEREN IN HERBORN

Über 940.000 Besucherinnen und Besucher haben den Hessesttag in Herborn (Lahn-Dill-Kreis) besucht. Der Hessesttag ist immer wieder willkommener Anlass, auch politische Gespräche und Informationen anzubieten.

Das Hessestagspaar Janina Till und Celik Cetin nahm gemeinsam mit Bürgermeister Hans Benner an der öffentlichen Sitzung der SPD-Landtagsfraktion teil. Stephan Grüger, örtlicher SPD-Abgeordneter, und Landrat Wolfgang Schuster berichteten in der Fraktionsitzung über die wirtschaftliche Lage ihrer Region und die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land Hessen.

Wichtiger Beratungspunkt war ein Gesetzentwurf, der eine bessere berufliche Absicherung von aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren zum Ziel hat.

Fast pausenlos drehte sich das Glücksrad am Infostand der SPD-Fraktion in der Landesausstellung. Dort standen auch die SPD-Abgeordneten Rede und Antwort in vielen Bürgergesprächen. ■



Das Hessestagspaar zu Gast bei der Landtagsfraktion



Norbert Schmitt (MdL) packt mit an.



Gute Stimmung am Stand der SPD-Landtagsfraktion mit Ulrike Gottschalck (MdB), Brigitte Hofmeyer (MdL), Christoph Degen (MdL), Handan Özgüven (MdL) und Regine Müller (MdL)



Gerhard Merz, MdL

ANHÖRUNG ZU GEBÜHRENFREIEN KITAS

Der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz hat eine positive Bilanz der Anhörung zum SPD-Entwurf für ein erstes Gesetz zur Förderung von Chancengleichheit in der frühen Bildung gezogen. „Wir wollen mit diesem Gesetz einen weiteren Schritt zur Abschaffung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten gehen und den Halbtagsplatz im zweiten Kindergartenjahr – wie schon den im dritten Jahr – gebührenfrei stellen. Den Grundsatz, dass Eltern für die frühe Bildung keine Beiträge zahlen sollen, haben fast alle Anzuhörenden geteilt. Differenzen gibt es bei der Frage, wie dies umzusetzen ist und welche staatliche Ebene dabei welchen Anteil zu tragen hat“, sagte Merz. Beiträge für Kitas stellen nach Ansicht der SPD Bildungsbarrieren dar und seien sozial ungerecht. Merz bedauerte auch, dass die Einführung des „Paktes für den Nachmittag“ an den Schulen dazu führe, dass Elternbeiträge für Kinderbetreuung eher ausgeweitet als reduziert würden. ■

RECHTSWIDRIGE VERGABEN BEIM FLUGHAFEN KASSEL-CALDEN

Dufgrund eines Berichts des Landesrechnungshofs über rechtswidrige Vergabeverfahren beim Flughafen Kassel-Calden hat die SPD-Landtagsfraktion sowohl Finanzminister Dr. Schäfer als auch Verkehrs- und Wirtschaftsminister Al-Wazir einen Fragenkatalog geschickt, um Aufklärung zu den Vorgängen zu erreichen. „Aus den Antworten geht hervor, dass Herr Schäfer in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft direkt in Vergabeverfahren, insbesondere mit größeren Aufträgen, mit eingebunden war und zugestimmt hat. Während Herr Al-Wazir die Vergabefehler eingesteht, versucht Herr Schäfer, diese weiterhin zu verharmlosen. Es wird durch die Beantwortung unserer Fragen auch klar, dass es bei den 271 Millionen Euro an Ausbaukosten nicht bleibt und Mehrkosten in Höhe von 11 Millionen Euro dazukommen. Die Ausbaukosten betragen nun (Stand: 20.05.2016) 282 Millionen Euro. Darüber hätte die Öffentlichkeit längst informiert werden müssen“, sagte der SPD-Abgeordnete Norbert Schmitt. ■

SPD-LANDTAGSFRAKTION WÄHLT NEUEN FRAKTIONSVORSTAND

Die hessische SPD-Landtagsfraktion hat bei den heutigen turnusmäßigen zur Mitte der Legislaturperiode anstehenden Fraktionsvorstandswahlen im Rahmen ihrer Fraktionsklausur ihren Vorsitzenden

Thorsten Schäfer-Gümbel bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende wurde in geheimer Abstimmung einstimmig wiedergewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt weiterhin Günter Rudolph, auf den 29 von 37 Stimmen entfielen. ■



Der neue Fraktionsvorstand mit (v. l. n. r.) Timon Gremmels, Dr. Daniela Sommer, Heike Hofmann, Lisa Gnadl, Thorsten Schäfer-Gümbel, Marius Weiß, Nancy Faeser, Günter Rudolph und Heike Habermann

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gefried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Katja Apelt

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden